Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die neue US-Militärstrategie
2. Kanzlerauftritt in Davos: Merz als Krisenerscheinung
3. Der Friedens-Schlussverkauf
4. Europa soll USA bei kritischer Infrastruktur ausschließen
5. Das Metall muss zurück
6. US-Krieg gegen die Drogen – oder wenn die CIA ruft „Haltet den Dieb“
7. Das Iran-Inferno
8. Bericht: US-Blockade von Öllieferungen nach Kuba möglich
9. Trumps Säbelrasseln trifft auf Chinas grüne Offensive: Davos zeigt Kluft, die immer größer wird
10. Bürokratische Todesstrafe: Wer EU-Sanktionierten hilft, muss mit jahrelanger Haft rechnen
11. „Wir brauchen Hilfe, sonst sind wesentliche Bereiche massiv gefährdet“: Städtetag fordert Soforthilfen
12. Aldi Süd kündigt massiven Jobabbau an: „Immer mehr unsoziale Züge“
13. Krankentage-Vorstoß macht Fachleute fassungslos: Merz-Debatte „dermaßen abstrus“
14. „Die reale Lebensarbeitszeit muss steigen“: Banaszak will notfalls auch Renteneintrittsalter anheben
15. Jede vierte Grundschule kann Ganztagsbetreuung nicht umsetzen
16. “Mit der Hand schreiben kann man auch bei einem Stromausfall”

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die neue US-Militärstrategie**
   Die Ende vergangener Woche vorgestellte neue US-Militärstrategie (National Defense Strategy) schreibt den NATO-Staaten Europas auch für die Zukunft die zentrale Rolle bei der Eindämmung Russlands zu. Moskau sei auf absehbare Zeit „eine anhaltende, aber beherrschbare Bedrohung“ für die osteuropäischen NATO-Staaten, heißt es in dem Papier. „Europa“ komme unverändert die Aufgabe zu, Russland in Schach zu halten, das es freilich „bezüglich seiner Wirtschaftsleistung, seiner Bevölkerungszahl und damit auch seiner latenten Militärmacht bei weitem“ übertreffe. Die Vereinigten Staaten legen dem Papier zufolge weiterhin einen zentralen Schwerpunkt auf ihren Machtkampf gegen China, bei dem sie aber einen Gang herunterschalten müssen; die Volksrepublik ist ihnen nach Einschätzung von Beobachtern in der High-Tech-Rüstung bereits punktuell überlegen. Die USA forcieren die Aufrüstung und befassen sich vorläufig damit, die „Westliche Hemisphäre“ auch militärisch unter ihre Kontrolle zu bringen. Das neue Strategiepapier thematisiert nicht die US-Gewaltpolitik gegenüber Europa. Diese beginnt die europäischen NATO-Staaten zur Positionierung gegen Washington zu veranlassen.
   Quelle: German Foreign Policy

   dazu: **Das Neue Pentagon-Strategiepapier: Fokus weg von Europa, Schluss mit Demokratie-Missionen**
   In dem Papier heißt es: “Da sich die US-Streitkräfte auf die Verteidigung ihres eigenen Gebiets und des indopazifischen Raums konzentrieren, werden unsere Verbündeten und Partner in anderen Regionen die Hauptverantwortung für ihre eigene Verteidigung übernehmen.” Dabei würden die Verbündeten eine “entscheidende, aber begrenztere Unterstützung” von den US-Streitkräften erhalten.
   Die Nationale Verteidigungsstrategie (NDS) der USA für das Jahr 2026 stellt eine deutliche Abkehr von der bisherigen Politik des Pentagons dar: “Der Tonfall stellt nämlich eine Abkehr von der jahrzehntelangen Versicherung dar, dass die USA der NATO und anderen Verbündeten weiterhin verpflichtet sind – basierend auf dem Prinzip der weltweiten ‘Verteidigung der Demokratie’.”
   Tatsächlich kommt das Wort “Demokratie” in dem Dokument kein einziges Mal vor.
   Quelle: RT DE

   dazu auch: **Nato will an Grenze zu Russland “automatisierte Zone” schaffen**
   Die Nato will in den kommenden zwei Jahren an der Grenze zu Russland erheblich aufrüsten, deutlich mehr Waffen einlagern und eine menschenleere “automatisierte Zone” schaffen. “Wir werden spürbar größere Vorräte als bisher in den Nato-Grenzstaaten zu Russland sehen”, sagte Bundeswehr-Brigadegeneral Thomas Lowin

der Welt am Sonntag. Dazu gehörten beispielsweise “Waffen- und Munitionsdepots zur Wiederbewaffnung der Verteidigungssysteme in der automatisierten Zone, aber auch zur Ausrüstung der Nato-Streitkräfte”, sagte der Vizechef des Stabes für Operationsführung im Nato-Landkommando.
Die Nato will laut Lowin zudem “ein komplexes, mehrschichtiges Verteidigungssystem entlang der Grenze zu Russland und Weißrussland aufbauen und zur Verteidigung nicht nur konventionelle Truppen einsetzen, sondern durch Hindernisse und den Einsatz von Technik eine roboterisierte oder automatisierte Zone im grenznahen Bereich zum Gegner schaffen, die dieser dann erst einmal überwinden muss”.
Quelle: Zeit Online

und: **Wie die EU künftig mehr in die Arktis investieren will**
Von der Leyen kündigte ein umfassendes Investitionspaket für Grönland an. Im nächsten EU-Haushalt ab 2028 wolle die Kommission die finanzielle Unterstützung für Grönland verdoppeln, das zum Hoheitsgebiet Dänemarks gehört. Weitere Details nannte sie nicht. Diese werde sie bald vorstellen, erklärte die Kommissionspräsidentin. Zudem solle die Zusammenarbeit mit der weltgrößten Insel intensiviert werden, betonte von der Leyen. Einen Teil ihrer gestiegenen Verteidigungsausgaben werde die EU für arktistaugliche Ausrüstung wie einen europäischen Eisbrecher einsetzen. Die Beziehungen zu Partnern in der Region wie Großbritannien, Kanada, Norwegen und Island müssten gestärkt werden, sagte von der Leyen, dies sei eine geopolitische Notwendigkeit.
Quelle: Deutschlandfunk

2. **Kanzlerauftritt in Davos: Merz als Krisenerscheinung**
   Der Auftritt von Bundeskanzler Friedrich Merz in Davos und sein Vorschlag, Grönland vor Russland zu beschützen, zeugt von großer Fassungslosigkeit der gegenwärtigen europäischen Eliten angesichts der Zerstörung des “kollektiven Westens” durch Donald Trump. (…)
   Einerseits entsteht der Eindruck, dass Merz in irgendeiner Parallelwelt lebt, die immer weniger mit den laufenden politischen Prozessen zu tun hat. Andererseits ist die Lage noch weitaus interessanter.
   In jenem Teil seines Auftritts, der Grönland betraf, reproduzierte der Kanzler merkwürdigerweise sämtliche Argumente, wieso Grönland zu einem Teil der USA werden sollte – und zwar gerade die Argumente, die auch Donald Trump nutzt. Die einzige Ausnahme: Merz zog es vor, China als eine Kraft, die angeblich Grönland zu erobern versuche, nicht zu erwähnen, und konzentrierte sich stattdessen auf die “russische Bedrohung”.

Dies zeugt nicht so sehr von einer Doppeldenke als vielmehr von einer Dreifachdenke, die der gegenwärtigen Generation von europäischen Politikern zueigen ist – vor allem jenen, die die Schule der euroatlantischen politischen oder wirtschaftlichen Institute durchlaufen haben. Und Friedrich Merz ist einer von ihnen.
Quelle: RT DE

dazu auch: **Merz und Meloni vereinbaren engere Zusammenarbeit bei der Verteidigung**
Deutschland und Italien wollen in den Bereichen Verteidigung und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit künftig enger zusammenarbeiten. Bei einem Treffen beider Regierungen in Rom unter Leitung von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und Ministerpräsidentin Giorgia Meloni von der rechten Partei Fratelli d'Italia wurden dazu insgesamt acht Vereinbarungen unterzeichnet.
Die beiden Regierungen wollen nun unter anderem gemeinsame Projekte bei der Produktion von Drohnen, bei der Flug- und Raketenabwehr, Marineschiffen und Unterwassersystemen sowie bei elektronischer Kampfführung und Luftkampfsystemen prüfen. Außerdem wurde eine neue Fassung eines 2023 vereinbarten Aktionsplans unterzeichnet. Dieser umfasst eine Zusammenarbeit in den Bereichen innere Sicherheit und Migration bis hin zum kulturellen Erbe. (…)
Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz sagte Merz, dass Deutschland und Italien sich derzeit so nahestünden wie selten.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung Christian Reimann: *Mit „Postfaschisten" in Italien Verträge abschließen, aber im eigenen Land den Kampf gegen Rechts führen wollen? Wie soll das glaubwürdig funktionieren? Haben deutsche Spitzenpolitiker nicht im Geschichtsunterricht aufgepasst oder ziehen sie die falschen Schlüsse aus der Geschichte?*

3. **Der Friedens-Schlussverkauf**
Kaiser Donald macht der Welt ein Angebot, das sie nicht ablehnen kann: Für nur eine Milliarde Dollar kann jeder, der vorbeikommt, Mitglied in Trumps tollem „Friedensrat" werden. Diese Idee hat viele Vorteile für die Herrschenden: Die Finanz-Hürde hält den Pöbel draussen und die Milliardäre sind unter sich. Solch elitäre Räte sind nichts anderes als eine Trump-One-Man-Show. (…)
Ebenso höflich wie clever hat Wladimir Putin reagiert: Zwar sei Russland bereit, Mitglied in Trumps Friedensrat zu werden, aber ein Eintrittsgeld würde Russland nur aus den von der EU wegen des Ukrainekriegs eingefrorenen Mitteln zahlen. Natürlich macht es für Russland Sinn, weiter einen offenen Kontakt zum Chef der US-Regierung

zu halten. Aber das irre Eintrittsgeld verknüpft die russische Regierung zugleich mit der Auflösung einer irren EU-Strafaktion. Chapeau – Gospodin Wladimir Wladimirowitsch Putin, so elegant können russische Witze sein.
Quelle: Rationalgalerie

dazu: **Moskau macht im feinen Spiel mit den USA einen eleganten diplomatischen Schritt**
Schließlich machte Wladimir Putin eine schöne finanzielle und diplomatische Geste. Er erklärte:
"Schon jetzt, noch bevor wir über die Teilnahme und die Arbeit im Friedensrat entschieden haben, könnten wir angesichts der besonderen Beziehungen Russlands zum palästinensischen Volk meiner Meinung nach eine Milliarde US-Dollar aus den noch unter der früheren US-Regierung eingefrorenen russischen Vermögenswerten an den Friedensrat überweisen."
Er fügte hinzu, dass die verbleibenden Mittel aus den ebenfalls in den USA eingefrorenen russischen Vermögenswerten nach dem Abschluss eines Friedensvertrags zwischen Russland und der Ukraine für den Wiederaufbau der durch die Kampfhandlungen zerstörten Gebiete verwendet werden könnten. Der Präsident fasste zusammen:
"Diese Option wird derzeit auch mit Vertretern der US-Regierung diskutiert."
Quelle: RT DE

4. **Europa soll USA bei kritischer Infrastruktur ausschließen**
Unterwürfigkeit gegenüber dem US-Tech-Imperialismus sei fatal, sagt die Gesellschaft für Informatik.
Europa müsse "US-Tech-Monopole aus öffentlichen Aufträgen von kritischer Infrastruktur" ausschließen. Das hat der Arbeitskreis Digitale Souveränität der Gesellschaft für Informatik (GI) am 21. Januar 2026 erklärt. Die Gesellschaft hat eine weitgehende Position zum neuen Kolonialismus durch Technologie entwickelt.
"Der öffentliche Beschaffungsmarkt der EU ist mit einem Volumen von über zwei Billionen Euro pro Jahr einer der mächtigsten Hebel, die Brüssel und die Mitgliedstaaten besitzen", erklärten die Professoren Harald Wehnes, Julian Kunkel und Martin Weigele für die Organisation.
Angesichts der akuten Bedrohung durch die USA seien symbolische Proteste unzureichend. Europa müsse mit den gleichen Mitteln kontern, mit denen es angegriffen werde: mit wirtschaftlicher und regulatorischer Macht, hieß es weiter.
Quelle: Golem

Anmerkung Christian Reimann: *Das wirkt so als wäre „Unterwürfigkeit gegenüber*

dem US-Tech-Imperialismus“ erst seit der NSS 2025 feststellbar. Es mangelt jedoch seit vielen Jahren an deutschen bzw. EUropäischen Tech-Konzernen. Das ist wohl auch eine Folge davon, dass in Deutschland und in der EU transatlantische Politiker entscheiden – insbesondere Frau von der Leyen und nach Kanzler Scholz nun der BlackRock-Kanzler Merz.

5. **Das Metall muss zurück**
   In den USA lagert ein Großteil der deutschen Goldreserven. Die sollte sich Deutschland zurückholen – aus zahlreichen Sicherheitsgründen.
   Erneut ist eine Diskussion um die deutschen Goldreserven im Gange. Auch wenn die Bundesbank als Verantwortliche für den Staatsschatz es nicht hören mag, sollte er doch zumindest in größeren Teilen aus den USA abgezogen werden. Das gebietet die Erkenntnis, dass sich die US-Administration nicht mehr grundsätzlich an geltendes Recht oder auch bestehende Abmachungen hält. Zudem torpediert US-Präsident Donald Trump die Unabhängigkeit der Notenbank Fed, in deren Obhut das Gold gelagert wird. Damit kann das deutsche Vermögen im Wert von rund 160 Milliarden Euro bei Gelegenheit auch mal als Druckmittel gegen Deutschland eingesetzt werden. Das Risiko besteht und kann durch eine Rückholaktion vermieden werden.
   Quelle: taz

   Anmerkung Christian Reimann: *Soso, jetzt fällt auch der „taz“ oder zumindest dessen Kommentator auf, dass die USA nicht mehr verlässlich sein könnten. Aber Gas aus den USA darf Deutschland weiterhin beziehen, oder? Die teure Energieabhängigkeit Deutschlands von den USA ist insbesondere auf den ehemaligen grünen Wirtschaftsminister Habeck als Teil der Ampelkoalition zurückzuführen. Deshalb: Weshalb nicht wieder gute Beziehungen zu Russland aufbauen und erneut günstige Energie erhalten. Das würde nicht lediglich die Trump-Regierung ärgern, sondern vermutlich auch einem potentiellen Nachfolger der Demokraten.*

6. **US-Krieg gegen die Drogen – oder wenn die CIA ruft „Haltet den Dieb“**
   US-Präsident Donald Trump gibt als Begründung für seine militärische Intervention in Venezuela bekanntlich den von Venezuela betriebenen Drogen-Handel an. Michael Hollister macht darauf aufmerksam, dass dies nicht eine Erfindung von Donald Trump ist, denn schon in der Vergangenheit wurden mehrere Male militärische Eingriffe der USA, auch in anderen Regionen der Welt, mit dem zu bekämpfenden Drogenhandel begründet – eine bewährte Methode, um machtpolitisch oder wirtschaftlich bedingte militärische Eingriffe „moralisch“ zu rechtfertigen.
   Es ist die alte Geschichte in neuer Verpackung: Die USA führen Krieg – gegen die Drogen, gegen den Terror, gegen das Chaos vor der eigenen Haustür. Diesmal trifft es

Venezuela. Unter Präsident Donald Trump hat die US-Regierung im Jahr 2025 eine Reihe spektakulärer Maßnahmen gestartet: Luftangriffe auf angebliche Drogenboote, die Einstufung des südamerikanischen Landes als „narco-terroristischer Staat“, die Entführung von Präsident Nicolás Maduro durch US-Spezialkräfte – und zuletzt eine internationale Rhetorik, die Venezuela zum neuen Sündenbock des globalen Drogenproblems erklärt.
Quelle: Globalbridge

7. **Das Iran-Inferno**
   Westliche Medien stellen die tödlichen Unruhen im Iran verzerrt dar und stützen sich dabei auf von der US-Regierung finanzierte NGOs, die auf einen Regimewechsel hinarbeiten.
   Während tödliche Unruhen iranische Städte in Brand setzen, ignorieren westliche Medien die schockierende Welle der Gewalt und übernehmen ihre Informationen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die von der US-Regierung finanziert werden. Die einseitige Berichterstattung hat dazu beigetragen, dass Donald Trump kurz vor einer Genehmigung erneuter US-Angriffe steht. Die westlichen Medien ignorieren bis heute eine wachsende Zahl von Videobeweisen, die zeigen, dass Demonstranten in ganz Iran terroristische Taktiken anwenden, obwohl sie von Amnesty International und Human Rights Watch als „weitgehend friedlich“ beschrieben werden. Kürzlich veröffentlichte Videos, die sowohl von iranischen Staatsmedien als auch von regierungsfeindlichen Kräften stammen, zeigen öffentliche Lynchmorde an unbewaffneten Wachleuten, das Niederbrennen von Moscheen, Brandanschläge auf kommunale Gebäude, Marktplätze und Feuerwachen sowie Zusammenrottungen Bewaffneter, die in den Herzen iranischer Städte das Feuer eröffnen.
   Quelle: Manova
8. **Bericht: US-Blockade von Öllieferungen nach Kuba möglich**
   Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump erwägt einem Medienbericht zufolge eine Blockade von Ölimporten nach Kuba. Damit solle ein Regierungswechsel in dem Karibikstaat herbeigeführt werden, berichtete das Magazin „Politico“ gestern unter Berufung auf drei Insider.
   Eine endgültige Entscheidung sei zwar noch nicht gefallen. Eine solche Eskalation werde jedoch von Kritikern der kubanischen Führung innerhalb der US-Regierung gefordert und auch von Außenminister Marco Rubio unterstützt.
   Die mexikanische Regierung prüfe die Einstellung ihrer Öllieferungen an Kuba, meldete die Nachrichtenagentur Reuters.
   Quelle: ORF

   dazu: **Trump droht Kanada mit 100-Prozent-Zöllen**

US-Präsident Donald Trump droht Kanada mit 100-Prozent-Zöllen, um eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit des Nachbarlands mit China zu verhindern. Sollte Kanada einen Deal mit China schließen, werde das Land umgehend mit einem 100-Prozent-Zollsatz auf alle kanadischen Waren, die in die USA importiert werden, belegt, schrieb der Republikaner gestern auf seiner Plattform Truth Social.
Quelle: ORF

Anmerkung Christian Reimann: *US-Präsident Trump ist kein gewöhnlicher Politiker, sondern eher ein Geschäftsmann und „Deal-Maker". Bitte lesen Sie dazu auch Trumpverstehen für Anfänger.*

9. **Trumps Säbelrasseln trifft auf Chinas grüne Offensive: Davos zeigt Kluft, die immer größer wird**
Klimadebatten standen in diesem Jahr deutlich weiter unten auf der Agenda des Weltwirtschaftsforums – bis sich die USA und China über die Zukunft der Windkraft stritten (…)
Die Aufmerksamkeit für das Event war durch Trumps Teilnahme am Mittwoch gesichert. In den Tagen vor seinem Auftritt in den Schweizer Alpen schien schließlich eine Eskalation bevorzustehen. Die US-Administration spitzte ihre Drohungen in Richtung Grönlands immer weiter zu, Europa bereitete sich auf den Ernstfall vor. Doch als Trump schließlich auf der Bühne stand und auf einen neuen Höhepunkt im Konflikt mit Europa zuzusteuern schien, war die Krise auch schon wieder vorbei: Eine Übernahme Grönlands mit militärischer Gewalt schloss der US-Präsident vorerst aus. Dafür präsentierte er ein 70-minütiges Feuerwerk an altbekanntem Selbstlob und rückte einmal mehr gegen erneuerbare Energien aus.
Vor allem gegen Windräder schoss der US-Präsident – mit üblichen haarsträubenden Behauptungen.
Quelle: der Standard

Anmerkung Christian Reimann: *Wer z.B. mit der Bahn durch China reist, kann sehr viele Windräder entdecken. Auffällig ist jedoch auch, dass China den Kampf gegen den Klimawandel nicht so ideologisch führt wie insbesondere die letzten Bundesregierungen in Deutschland. China hält am breiten Mix aus Energieträgern fest – und wohl lediglich deshalb ist der Ausbau der Windräder möglich. Generell ist die Zunahme an Elektro-Autos sowie Solar- und Windenergie auch dem Wunsch nach sauberer Luft geschuldet und nicht unbedingt dem Kampf gegen den Klimawandel.*

10. **Bürokratische Todesstrafe: Wer EU-Sanktionierten hilft, muss mit jahrelanger Haft rechnen**

Keine Nahrung, keine Unterkunft, kein Arzt, kein Anwalt: Der Bundestag hat in aller Stille ein Gesetz beschlossen, das alle mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen bedroht, die von der EU sanktionierten Mitbürgern helfen. Ein deutscher Betroffener kann derweil nicht mal Essen für seine Kinder kaufen.
Will der deutsche Journalist Hüseyin Doğru überleben, muss er sich illegal helfen lassen: mit Nahrung, medizinischer Versorgung, Unterkunft und allem, was man benötigt. Denn seit Mai 2025 listet ihn die EU in ihrem 17. Russland-Sanktionspaket als "prorussischen Desinformanten". Dabei hat er nicht einmal über den Krieg in der Ukraine berichtet. Nun sitzt der, anders als von der EU behauptet, ausschließlich deutsche Staatsbürger samt Frau und drei kleinen Kindern, darunter Zwillinge im Säuglingsalter, mittellos in Berlin.
Seit zwei Wochen verweigern ihm der deutsche Staat und seine Bank sogar den Zugang zum absoluten Existenzminimum. Er könne seine Kinder seither "nicht mit dem Nötigsten wie Nahrung versorgen", schrieb er kürzlich auf X. Die Weigerung liege wohl vor allem daran, dass es kein Gesetz gibt, das den Umgang mit Sanktionierten im eigenen Land regelt. Denn die EU-Repressionen laufen unter dem Label "außenpolitische Maßnahme", was eigene Staatsbürger eigentlich ausschließt. Statt dies zu regeln, um den Tod Betroffener zu verhindern, hat der Bundestag jetzt die Repressionen gegen Unterstützer verschärft: Wer Doğru hilft, dem drohen fünf bis zehn Jahre Haft.
Quelle: Alexandra Nollok auf RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Auch hierbei werden die politischen Entscheidungsträger in Deutschland und in der EU von zahlreichen deutschen Massenmedien unterstützt. Würden sie ihrem Auftrag gerecht werden und entsprechend berichten, wäre der Aufschrei in der Bevölkerung vermutlich deutlich größer.*

11. **„Wir brauchen Hilfe, sonst sind wesentliche Bereiche massiv gefährdet": Städtetag fordert Soforthilfen**
Kein Geld für Schwimmbäder, Spielplätze und Kultur: Der Deutsche Städtetag fordert angesichts der Finanzsituation der Kommunen Soforthilfen und weitreichende Reformen auf Bundesebene. Der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, Jung, sprach von wesentlichen Bereichen, die massiv gefährdet seien.
Als Beispiele nannte er Schwimmbäder, Sportvereine, Kulturangebote und Spielplätze. Jung mahnte, die Bürgerinnen und Bürger erlebten zunehmend einen Staat, in den sie das Vertrauen verlören. Es gehe um das Funktionieren und den Zusammenhalt der Gesellschaft, ergänzte die neu ernannte Vizepräsidentin des Städtetags und

Oberbürgermeisterin von Lüneburg, Kalisch (Grüne). In ihrer Stadt etwa seien die freiwilligen Ausgaben auf drei Prozent des Haushalts reduziert. Daher müsse „über jede zusätzliche Betreuungsstunde“ diskutiert werden. Kalisch ergänzte: „Man kann sich gar nicht vorstellen, dass diese Botschaft nicht ankommt. Das kann keiner wollen.“
Quelle: Deutschlandfunk

Anmerkung Christian Reimann: *Tolle Zustände im besten Deutschland, das es jemals gegeben hat. Für die genannten Bereiche ist zu wenig oder kein Geld vorhanden. Das dringend benötigte Geld wird stattdessen in der korrupten Ukraine verpulvert sowie für fragwürdige Klimaschutzprojekte bzw. für die sogenannte Energiewende verwendet.*

12. **Aldi Süd kündigt massiven Jobabbau an: „Immer mehr unsoziale Züge“**
Der Lebensmittel-Discounter Aldi Süd hat einen umfangreichen Stellenabbau in seiner Deutschlandzentrale angekündigt. In den kommenden Jahren sollen mehrere hundert Arbeitsplätze wegfallen. Diese Maßnahme steht im Kontrast zu den jüngsten Umsatzzahlen des Unternehmens. […]
Zusätzlich zum Stellenabbau in der Zentrale berichtet die „Lebensmittelzeitung“, dass auch in der IT-Sparte „Aldi DX“ zahlreiche Stellen abgebaut werden. Betroffen sei ein mindestens dreistelliger Bereich. Diese Entwicklung überrascht, da Aldi die Einheit „Aldi DX“ erst vor rund einem Jahr mit eigenem Branding aufgebaut hatte. […]
Der Stellenabbau erfolgt trotz positiver Geschäftszahlen. Aldi Nord und Aldi Süd steigerten ihre weltweiten Nettoumsätze im Jahr 2023 zusammen auf 112 Milliarden Euro. Dennoch suchen beide Unternehmen nach Wegen, effizienter zu arbeiten und Kosten zu senken. Auch bei Aldi Nord wurden und werden in den vergangenen Monaten Stellen abgebaut, unter anderem in der Marktforschung.
Quelle: FR Online
13. **Krankentage-Vorstoß macht Fachleute fassungslos: Merz-Debatte „dermaßen abstrus“**
Bundeskanzler Friedrich Merz hat beim Wahlkampf der CDU in Baden-Württemberg erneut eine Debatte um die Arbeitszeit angeheizt. Diesmal geht es dem Parteichef um Krankheitstage von Beschäftigten. Fachleute zeigten sich nun irritiert von den Äußerungen. „Die Debatte ist dermaßen abstrus für uns, dass wir völlig fassungslos sind“, sagte Ivon Ames, Vizepräsidentin des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen, dem TV-Sender NTV. Die Kritik widerspreche fundamental den Erkenntnissen aus der Forschung.
Quelle: FR Online

dazu: **„Ist ein Teufelskreis“: Arbeitnehmer viel mehr krank – Ärztin zeigt prekäre Zustände in Deutschland**
„Wir haben uns diese Arbeitsunfähigkeit selbst herangezüchtet“, erklärt sie ohne Umschweife. Die Ursache sieht sie in den Arbeitsbedingungen: „In Büros und in Schulen sitzen wir zu viel in geschlossenen Räumen und setzen uns hohen Keimbelastungen bei ungefilterter Luft aus.“
Verschärft wird die Lage durch die Nachwirkungen der Pandemie. Werner beobachtet „vor allem seit Corona“, dass Menschen anfälliger geworden seien. Selbst Monate nach einer überstandenen Infektionen sei das Immunsystem noch geschwächt. Viren, Bakterien, Pilze und andere Erreger haben dann leichtes Spiel.
Quelle: Merkur

14. **„Die reale Lebensarbeitszeit muss steigen“: Banaszak will notfalls auch Renteneintrittsalter anheben**
Grünen-Chef Felix Banaszak will angesichts der Krise der Sozialversicherungssysteme notfalls auch das Renteneintrittsalter anheben. Zunächst sollten mit mehr Steuergerechtigkeit die Zuschüsse aus dem Haushalt erhöht werden und auch Abgeordnete, Beamte und Freiberufler Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung leisten, sagte der Oppositionspolitiker dem „Spiegel“.
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung unseres Lesers K.K.: *Es gibt inzwischen nur noch eine Frage, wer bietet noch mehr an Zumutungen.*

15. **Jede vierte Grundschule kann Ganztagsbetreuung nicht umsetzen**
Jede vierte Grundschule befürchtet nach eigenen Angaben, das neue Recht auf Ganztagsbetreuung für Erstklässler in ihrer Kommune nicht vollständig umsetzen zu können. Dies geht aus einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Verbands Bildung und Erziehung hervor, für die im September und Oktober insgesamt 1.312 Schulleitungen in Deutschland befragt wurden.
Zwei Drittel der befragten Schulen (67 Prozent) gehen demnach davon aus, dass für alle im Schuljahr 2026/27 eingeschulten Jungen und Mädchen Ganztagsbetreuung angeboten werden kann. Dagegen erwarten 25 Prozent der Schulen, dieses Angebot nicht bereitstellen zu können. Gründe für das fehlende Angebot seien fehlende Räume (74 Prozent), fehlendes Personal (67 Prozent) und Geldmangel (47 Prozent).
Quelle: Zeit Online
16. **“Mit der Hand schreiben kann man auch bei einem Stromausfall”**
rbb|24: Das unterscheidet Sie vermutlich von sehr vielen Menschen. Denn die meisten Kinder und Erwachsenen schreiben heute deutlich weniger mit der Hand als früher.

Beobachten Sie tatsächlich ein Verlernen des Schreibens mit der Hand – oder eher einen Wandel?
Girgensohn: Es ist klar, dass es den gibt. Wir schreiben ja mittlerweile alle sehr viel mehr auf Tastaturen oder auch direkt auf dem Handy. Das beobachte ich bei vielen Studierenden. Sie machen sich dort Notizen und lesen tatsächlich auch Texte. Mir selbst ist das fremd, weil mir das Display viel zu klein ist.
rbb|24: Gibt es Verlierer, wenn sich das Schreiben und Lesen mehr und mehr ins Digitale verlagert?
Girgensohn: Dazu gibt es Studien aus der Neurowissenschaft. Da wird untersucht, was eigentlich im Gehirn passiert, wenn wir schreiben. Es gibt Untersuchungen, die zeigen, dass beim Schreiben mit der Hand im Gehirn andere Prozesse passieren als beim Schreiben mit der Tastatur. Das Schreiben mit der Hand aktiviert das Gehirn in einer Art und Weise, dass beispielsweise Lernprozesse viel tiefer gehen. Das sogenannte Deep Learning wird viel stärker aktiviert. Auch durch das, was dabei mit den Muskeln passiert und weil wir uns darauf konzentrieren müssen, Buchstaben zu formen. Das aktiviert viele Areale im Gehirn, die beim Tippen so nicht aktiviert werden. Obwohl das Tippen auch Vorteile hat, weil es zum Beispiel viel schneller geht und man dadurch viel mehr in kürzerer Zeit aufschreiben kann.
Quelle: rbb24

Anmerkung Christian Reimann: *Die Entwicklung gehe dahin, dass die Handschrift auf digitalen Endgeräten immer besser nachgebildet werde. Aber noch sei ein Unterschied zur Handschrift auf dem Papier feststellbar. Dennoch pochen Bund und Länder auf den Einsatz von digitalen Endgeräten in Schulen. Bitte lesen Sie dazu u.a. Länder pochen auf versprochenes Geld für Schulen und "Unterrichten hat sich deutlich vereinfacht" – ein Schulleiter berichtet, was ein Handy-Verbot in der Praxis bringt (viel!) mit Anmerkungen.*